

„Sans Souci“ etwa ist der Chef der Rolling Stones, Mick Jagger, nichts, nie gehört. „Keine Reservierung, keine Krawatte“, beschied „Sans Souci“-Maitre d'hôtel de Lisle den Musiker.

Jeb Magruder dagegen, ehemaliger Stabschef des Komitees zur Wiederwahl des Präsidenten, der einem Meinsprozess entgegensteht, konnte nach wie vor mit einer Reservierung im „Sans Souci“ rechnen. Er gehört noch immer dazu.

Der Präsident mochte Washington von Anfang an so wenig wie Washing-



Watergate-Ausschuß*
Politik und Paranoia

ton ihn. Er verläßt die Stadt, die zu fast drei Vierteln von Schwarzen bewohnt, aber noch vom weißen Kongreß regiert wird, wann er eben kann.

Nur jede dritte Nacht hat der Präsident in den fünf Jahren seiner Amtszeit im Weißen Haus verbracht. Wenn er und seine Mitarbeiter von ihren vielen Ausflügen zu Nixons Feriensitzen in San Clemente, Kalifornien, oder Key Biscayne, Florida, zurückkehrten, nannten sie das Weiße Haus in Washington entweder San-Clemente-Ost oder Key-Biscayne-Nord.

Das Weiße Haus wurde zur Festung, Journalisten betrachten sich als Fachleute für Paranoia, Volksvertreter als Spezialisten für Watergate.

Da ist das Büro des Sonderanklägers, einst Archibald Cox, jetzt Leon Jaworski, im neunten Stockwerk des Bürogebäudes 1425 in der K Street. Richter John Sirica verhandelt im zweiten Stockwerk des Gerichtsgebäudes an der 3. Straße. Im Rayburn Building des Repräsentantenhauses untersucht der Justizausschuß die Voraussetzungen für eine Absetzung des Präsidenten.

* Während einer Sitzungspause.

Dann sind da noch das Senate Watergate Committee, das Senate Post Office und das Civil Service Committee, das gleich drei Aspekte der Affäre in Unterausschüssen bearbeitet: Wahlrechtsreform, Gewaltenteilung und Verfassungsfragen. Im Repräsentantenhaus prüfte der Justizausschuß den Agnew-Nachfolger Gerald Ford. Der Bewilligungsausschuß brütet ebenfalls über Watergate-Zusammenhänge.

Und im State Department wie im Pentagon, in den Ressorts Post, Handel, Finanzen und Landwirtschaft dreht sich alles um Watergate oder was damit zusammenhängt. Die Fachjournalisten aller dieser Ministerien produzieren täglich Dutzende aufregender Meldungen.

Aber nicht mehr als eine wilde Geschichte kann an einem Tag Schlagzeilen machen. „Mein Sender will keine Nachrichten mehr von mir“, beklagte sich ein CBS-Fernsehreporter, „er will nur noch historische Ereignisse.“

Doch historische Ereignisse sind, wenn sie noch das Land bewegen, in Washington längst von gestern. Die Hemden mit dem Bild des Senators Sam Ervin vergilben schon in den Regalen. Die Poster mit den Fingerabdrücken Richard Nixons, auf denen der Präsident als Haupttäter in der Watergate-Affäre gesucht wird, flattern zerknittert im Wind.

Beständig ist nur die Ratlosigkeit. Die US-Bürger starren in diesen Tagen auf ihre Bundeshauptstadt und hoffen, daß vielleicht doch alles nicht so schlimm war.

Schnelle Entscheidungen waren nie Sache dieser Hauptstadt, die Wahl des Ortes ein Kompromiß zwischen den Nord- und Südstaaten. Kompromiß ist der Kernpunkt des amerikanischen Systems. So heißt es denn heute, man brauche handfeste Beweise gegen den Präsidenten — obschon der Verdacht wächst, das alles Beweismaterial in den Händen des Beschuldigten ist und dort verschwindet.

Kaum jemanden in Washington überrascht das. Richard Nixon ist in den Augen vieler Bürger seiner Hauptstadt ein eher smarter Angeklagter, dessen Geschicklichkeit mancher beneidenswert findet. Zum erstenmal breitet sich, vor allem in den Schwarzenvierteln der Stadt, so etwas wie Bewunderung für ihn aus.

Die neueste Phase seines Gegenangriffs in der Watergate-Affäre nennt der Präsident „Aktion Freimut“. Die aber besteht darin, daß er sehr freimütig verspricht, alsbald freimütig zu sein und Licht in das Dunkel zu bringen.

Aber auch in Amerikas Hauptstadt ist es dunkler geworden, und nicht nur dank Watergate. Der Kongreß wird nur noch mit halber Kraft beleuchtet, das Weiße Haus strahlt so weiß nicht mehr: Die Energiekrise verschafft Amerika ein weiteres Symbol. Auf der Suche nach Führerschaft tappt das Land durch die Finsternis.

KUBA

Noch nicht reif

Ungestümer als in irgendeinem anderen Land sollte in Kuba die kommunistische Zukunftsgesellschaft verwirklicht werden. Jetzt hat Fidel Castro diese Utopie aufgegeben.

Die Show im „Tropicana“-Nachtclub von Havana glänzt noch wie einst, als US-Touristen in weißen Dinnerjackets sich dort amüsierten.

Doch im Parkett genießen jetzt kubanische Fabrikarbeiter und Behördenangestellte Musik, Tanz und ungewohnte Tafelfreuden, zum Sonderpreis von zehn Mark inklusive einem Bier. 800 Plätze hat Kubas Gewerkschaftsbund an Wochenenden jeweils reserviert: als Belohnung für verdiente Werktätige.

Denn nicht sozialistisches Bewußtsein allein, sondern mehr Lust und Lohn sollen die Kubaner künftig zu größerem Fleiß anspornen. Wo Kubas Castro bislang das Ideal des Neuen Menschen predigte, der — als Gleicher unter Gleichen — aus eigener Einsicht zum Wohle aller handelt, will er nun fehlende revolutionäre Moral durch materielle Anreize ersetzen.

Das Geld, das der Máximo Líder ganz abschaffen wollte, soll wieder Wertmaßstab der Leistung sein. Während Castro bislang stets das kommunistische Verteilungsideal — „jedem nach seinen Bedürfnissen“ — pries, soll fortan „jeder nach seiner Leistung“ entlohnt werden. Denn dieses Prinzip, so verkündete der Kuba-Premier im November vor 2200 Gewerkschaftern, sei



Kuba-Premier Castro
Lust und Lohn

„eines der unerbittlichen Gesetze beim Aufbau des Sozialismus“.

Mit dieser dialektischen Kehrtwendung sagte er sich von sozialistischen Utopien los: Ungestümer als Lenin, hatte Castro in einem Jahrzehnt schaffen wollen, was den Sowjets auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht gelungen ist — den Sprung in den Kommunismus. Doch „unser Volk“, so

bekannte der Oberste Führer jetzt, ist „noch nicht reif für den Kommunismus“. Und Fidel scheute sich nicht, eigenes Versagen einzugestehen: „Wir waren nicht fähig, in der Verwaltung wenigstens die gleiche Effizienz zu beweisen wie die Kapitalisten.“

Desorganisation und groteske Fehlplanung bremsten Kubas Marsch ins sozialistische Schlaraffenland. Der Fehlschlag der voreilig zum Prüfstein der Revolution erhobenen „Großen Zuckerernte“ des Jahres 1970 war es schließlich, der Castro zwang, das Steuer herumzuwerfen.

Kubas Wirtschaft hatte durch die Massenmobilisierung von einer halben Million Erntehelfern und fast sämtlicher Transportmittel etwa ein Viertel ihrer Jahresproduktion eingebüßt. Kuba geriet immer weiter in die Abhängigkeit von der Sowjet-Union, die dem Máximo Líder mit über zwei Millionen Dollar täglich hilft — und mit einem Heer von Beratern. Mit fünf Milliarden Dollar steht Castro inzwischen bei den Sowjets in der Kreide.

Enttäuscht stellten die Kubaner fest, daß sich die Versorgung nach der „Großen Ernte“ nicht besserte, sondern eher noch verschlechterte. Praktisch ohne Aussicht, über die karge Ration hinaus etwas kaufen zu können, verloren viele Kubaner jedes Interesse, zu arbeiten und Geld zu verdienen.

Zwar machte ein „Gesetz über Bummel“ bald Arbeit zur „sozialen Pflicht“. Doch besser noch, so kalkulierte die Regierung, ließen sich Arbeitskräfte finden, wenn ihnen das Geld ausging: Sie brachte zusätzliche Konsumgüter zu hohen Preisen auf den Markt und schöpft damit Kaufkraft ab — vier Milliarden Mark seit 1971.

So können Kubas Raucher neben ihrer Wochen-Ration von einem Päckchen Zigaretten (zu 65 Pfennig) zusätzliche Schachteln à 4,15 Mark oder 6,25 Mark kaufen. Die Trinker freilich müssen für eine Flasche einheimischen Rum schon 40 bis 78 Mark bezahlen.

Fernsehgeräte (2720 Mark) und Kühlschränke (1760 Mark) dagegen werden ebenso wie Waschmaschinen, Fahrräder oder Nähmaschinen nur in Betrieben, an Arbeiter „mit der besten Einstellung zur Produktion“, verkauft. Ein Facharbeiter verdient durchschnittlich knapp 500 Mark.

Die bislang sehr unterschiedlichen Einkommen — ein Arbeiter mit einem hohen „historischen Lohn“ aus der vorrevolutionären Zeit kann unter Umständen mehr verdienen als der Fabrikleiter — werden künftig abgestuft nach Hierarchie und Leistung. So soll der erschöpfte Eifer der Genossen wieder angeregt werden. „Die Wirtschaft des Landes kann nicht ertragen“, so schimpfte Castro, „daß die Reparatur einer Zuckermühle, die in der kapitalistischen Epoche von 200 Arbeitern ausgeführt wurde, jetzt 700 erfordert.“

Gleich einem kapitalistischen Arbeitgeber tut Kubas Partei-Boß es als „Irr-

tum“ ab, „egalitäre Prinzipien auf die Arbeit anzuwenden“. Er hat, so scheint es, Grund zu der Annahme, das Sein auf der sozialistischen Insel habe noch nicht allzu sehr auf das Bewußtsein seiner Landsleute abgefärbt: Seit es in den Autobussen keine Kontrolleure mehr gibt, klagte Fidel, nimmt die Zahl der Schwarzfahrer immer mehr zu.

Und die billige Lieferung von Strom sowie die kostenlose Abgabe von Wasser habe zu einer „unglaublichen“ Verschwendung geführt: Viele machten sich gar nicht mehr die Mühe, die Hähne zuzudrehen.

Der Máximo Líder kündigte den Neubau einer Fabrik an — für Wasserzähler.

JAPAN

Kleines Einmaleins

Aufgeschreckt vom Kaufhausbrand in Kumamoto haben japanische Brandschützer Warenhäuser inspiziert. Sie stellten fest: „Riesige Menschenfalten“.

Zur „nationalen Woche des Feuer-schutzes“ waren in Japan die letzten Tage des November ausgerufen worden. Am Ende der Woche zählten Leichenbeschauer 134 Flammentote.

103 Menschen waren allein bei einem Kaufhausbrand in Kumamoto umgekommen, über 100 wurden verletzt. Vorläufige Untersuchungen zeigten, daß es für die Nation keinen Grund

gab, den Feuerschutz im Kumamotoer Taiyo-Kaufhaus noch in den großen „Depatos“ anderswo zu feiern.

Ein achtlos weggeworfener Zigarettenstummel war im Taiyo Ursache des Flammeninfernos, doch es war, so ein Beamter des Innenministeriums, „keineswegs eine Tragödie, bei der man sich auf höhere Gewalt berufen kann“.

Mochte Taiyo-Präsident Yamaguchi auch beschwören, „den Profit niemals höher als die Sicherheit des Kunden“ bewertet zu haben — die Polizei kam zu anderen Ergebnissen.

Über den Ausbruch des Feuers wurden von der Firmenführung weder Polizei noch Feuerwehr benachrichtigt, keine Warnung, etwa über die hauseigene Lautsprecheranlage, erging an die 4500 Kunden, eine automatische Alarmanlage fehlte ebenso wie eine Löschanlage. Spezielle Nottreppen waren nicht vorhanden — man hatte sie für einen Erweiterungsbau abgerissen.

Bauaufsichtsbehörde und Feuerwehr von Kumamoto kannten diese Mängel wohl, sie hatten Präsident Yamaguchi auch mehrfach verwarnet. Dennoch wurde ihm der Ausbau seines Warenpalastes um weitere 4500 Quadratmeter genehmigt. „Gehört es nicht zum kleinen Einmaleins der Verantwortlichen, einen Laden zuzumachen, wenn der Feuerschutz nicht funktioniert“, empörte sich das Massenblatt „Asahi Shimbun“ und fragte nach „Lektionen“, die ein Kaufhausbrand in Osaka (118 Tote) bereits hätte erteilen müssen.

Jetzt scheint die Tokioter Regierung endlich entschlossen, ihr Einmaleins zu lernen. Denn als das Zentralamt für

Brandbekämpfung kürzlich knapp 600 Großverkaufsstätten im ganzen Land inspizierte, stellte es, so Amtschef Sasaki, „mit einigem Entsetzen“ fest, daß über zehn Prozent über keinerlei automatische Löscho- oder Alarmanlage verfügten, bei der Hälfte waren die Schutzvorrichtungen „ungenügend“.

Die Tokioter Feuerwehr mochte bei einer Untersuchung nur gut 30 von 160 getesteten Läden das Sicherheitsprädikat „ausreichend“ verleihen, und ein am vorvergangenen Wochenende veröffentlichtes Ergebnis des Zentralamtes, abgestellt auf die riesigen Kaufhäuser Tokios und Osakas, klingt noch alarmierender.



Kaufhausbrand in Kumamoto: „Es war nicht höhere Gewalt“